

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Patrick Döring, Horst Friedrich (Bayreuth), Joachim Günther (Plauen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/6639 –

Rollende Supermärkte von fahrpersonalrechtlichen Vorschriften ausnehmen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die Ausnahmetatbestände in der zukünftigen Fassung der Fahrpersonalverordnung so zu ergänzen, dass Fahrzeuge mit einer zulässigen Höchstmasse von nicht mehr als 7,5 Tonnen, die in einem Umkreis von 50 km vom Standort eines Unternehmens als Verkaufswagen auf örtlichen Märkten oder für den ambulanten Verkauf verwendet werden und für diesen Zweck besonders ausgestattet sind, unter diese Tatbestände fallen. Weiterhin soll die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag einen Bericht vorlegen, welche mobilen Dienstleister der örtlichen Nahversorgung nach den europäischen Rechtsvorgaben ganz oder teilweise von den Vorschriften zu Lenk- und Ruhezeiten ausgenommen werden können und nach den Vorstellungen der Bundesregierung bei der Umsetzung von europäischem in nationales Recht ausgenommen werden sollen.

B. Lösung

Einstimmige Erledigterklärung des Antrags

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/6639 für erledigt zu erklären.

Berlin, den 16. Januar 2008

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Wilhelm Josef Sebastian
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Wilhelm Josef Sebastian

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/6639** in seiner 130. Sitzung am 29. November 2007 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet vor allem die Forderung, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die Ausnahmetatbestände in der zukünftigen Fassung der Fahrpersonalverordnung so zu ergänzen, dass Fahrzeuge mit einer zulässigen Höchstmasse von nicht mehr als 7,5 Tonnen, die in einem Umkreis von 50 km vom Standort eines Unternehmens als Verkaufswagen auf örtlichen Märkten oder für den ambulanten Verkauf verwendet werden und für diesen Zweck besonders ausgestattet sind, unter diese Tatbestände fallen. Weiterhin soll die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag einen Bericht vorlegen, welche mobilen Dienstleister der örtlichen Nahversorgung nach den europäischen Rechtsvorgaben ganz oder teilweise von den Vorschriften zu Lenk- und Ruhezeiten ausgenommen werden können und nach den Vorstellungen der Bundesregierung bei der Umsetzung von europäischem in nationales Recht ausgenommen werden sollen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/6639 in seiner 57. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und emp-

fielt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/6639 in seiner 53. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 16/6639 in seiner 73. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag in seiner 53. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten.

Die **Fraktion der FDP**, welche den Antrag eingebracht hatte, erklärte, er habe sich aufgrund der zwischenzeitlich erfolgten Änderung der Rechtslage erledigt (vgl. Kleine Anfrage der Fraktion der FDP, Drucksache 16/7565).

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt daher einstimmig, den Antrag für erledigt zu erklären.

Berlin, den 16. Januar 2008

Wilhelm Josef Sebastian
Berichtersteller

